



# GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Mitglied der  
European Confederation  
of Police (EUROCOP)

---

**Landesbezirk Hessen**  
Geschäftsstelle

---

**Landesvorsitzender**

---

Wilhelmstraße 60 a  
65183 Wiesbaden

---

Telefon  
+49 (0) 611 – 99 227-0

---

Telefax  
+49 (0) 611 – 99 227 - 27

---

E-Mail  
gdphessen@t-online.de

---

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)

---

Gewerkschaft der Polizei • Wilhelmstraße 60 a • 65183 Wiesbaden

Alle Abgeordnete des  
Hessischen Landtages

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen  
JB/PW

Datum  
01. Juni 2011

## Offener Brief an alle Abgeordneten des Hessischen Landtags

Sehr geehrte/r Frau/Herr.....,

die Regierungsfractionen von CDU und FDP beabsichtigen, in den Landtag eine Gesetzesvorlage einzubringen, die sich mit der Übertragung des Tarifergebnisses auf die hessischen Beamtinnen und Beamten befasst.

Mit diesem Vorhaben soll es erhebliche Abkopplungen vom Ergebnis im Tarifbereich geben. Es soll keine Einmalzahlung erfolgen und die Anpassungen der Gehälter soll für die Jahre 2011 um 6 Monate und 2012 um 7 Monate verschoben werden.

Diese Absichtserklärung hat, um es gelinde auszudrücken, bei den Polizistinnen und Polizisten und Versorgungsempfängern für allergrößten Unmut gesorgt.

Sicherlich ist Ihnen nicht verborgen geblieben, dass die Polizeibesetzten des Landes Hessen zur Sanierung des öffentlichen Haushaltes in der jüngsten Vergangenheit erhebliche Einkommensverluste zu tragen hatten.

Ich möchte weiterhin in Erinnerung rufen, dass durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit, den Wegfall von Urlaubsgeld, die Abschmelzung der Sonderzuwendung und den steigenden Inflationsraten **in den letzten 8 Jahren ca. 17 % Einkommensverluste** von den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten getragen wurden.

In den zurückliegenden Monaten wurde von der Hessischen Landesregierung, aber auch von Abgeordneten aller Fraktionen, die Bedeutung und der Stellenwert der Polizei für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes betont.

Diese Wertschätzung der polizeilichen Arbeit erscheint durch die Nichtübernahme des aktuellen Tarifergebnisses und die vielen Sonntagsreden von Politikern nicht nur in einem fragwürdigen Licht, sondern ist schlichtergreifend zynisch. Mittlerweile werden bei der Präsentation der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) neue Rekordzahlen programmgemäß präsentiert nach dem Motto: „Höher, schneller, weiter...“

Und regelmäßig wird die weit überdurchschnittliche Arbeit der Hessischen Polizei gelobt.

**Was ist all dieses Lob wert, wenn man jetzt aktuell die materielle Wertschätzung völlig ausblendet und mit rund 1.500 Euro Einkommensverlust vom Tarifergebnis abkoppelt.**

Zwischenzeitlich haben viele Bundesländer (auch sogenannte Nehmerländer), neben der TVL-Tarifeinigung, die Tarifergebnisse auch auf die Beamtenschaft übertragen, und zwar eins zu eins! Zugegebener Weise ist das im Geberland Bayern leider nicht vollumfänglich erfolgt, dafür ist dort die Polizeizulage aber nach wie vor ruhegehaltstfähig gestellt.

Die jüngsten Wirtschaftsdaten belegen, dass die Konjunktur nicht nur durch unerwartete Steuereinnahmen, sondern auch durch Einsparpotentiale im öffentlichen Dienst deutlich in Gang gekommen ist, besonders auch in Hessen.

Zur Ankurbelung der Binnennachfrage werden von maßgeblichen Wirtschaftswissenschaftlern „angemessene Lohn- und Gehaltszuwächse“ gefordert.

Neben weit besseren Tarifabschlüssen in der Wirtschaft werden dort auch für erfolgreiche Arbeit üppige Sonderzahlungen geleistet.

## **Und in Hessen?**

Schon jetzt ist absehbar, dass unsere Kolleginnen und Kollegen auch im kommenden Jahr neben dem immer schwierigeren Tagesgeschäft durch eine Anzahl von Großlagen (z. B. Atomkraftdiskussion und bevorstehende Castor-Transporte) über alle Maßen gefordert sein werden. Nach unserer bisherigen Einschätzung wird sich der millionenschwere Überstundenberg weiter anhäufen.

Sie sollten sich ohne Wenn und Aber darüber bewusst sein, dass diese enorme Arbeitsverdichtung innerhalb der Polizei bereits dramatische Folgen mit sich gebracht hat. So haben wir eine deutlich über dem Durchschnitt liegende Krankenrate und können darüber hinaus weit über 1000 Kolleginnen und Kollegen auf Grund von gesundheitlichen Einschränkungen nur noch eingeschränkt einsetzen. In einigen Präsidien fehlt dadurch Personal in Direktionsstärke!

Vor dem Hintergrund der mittelfristig zu erwartenden hohen Pensionierungszahlen, ist schon jetzt absehbar, dass sich die Belastungsspirale weiter beschleunigen wird und wir uns von einer Entspannung der Lage mehr und mehr entfernen.

Es ist allerhöchste Zeit zu handeln. Ein deutliches Zeichen der Wertschätzung ist überfällig, denn schöne Worte haben wir dieser Tage genug gehört.

Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unerwähnt lassen, dass wir durch sogenannte „Auslandseinsätze“ in anderen Bundesländern Einnahmen generieren, die weit höher sind, als die Kosten für Anforderungen im eigenen Bundesland Hessen. Im Polizeijargon hat der Begriff von einer „Fremdenlegion“ schon längst die Runde gemacht. Fraglich bleibt nur, wohin diese Einnahmen fließen, die durch eine noch höhere Arbeitsverdichtung der Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt auf deren Buckel, erwirtschaftet werden.

Ursprünglich sollten die Beschäftigten der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei alle 4 Wochen über ein zusammenhängendes freies Wochenende verfügen, um mit ihren Familien zusammen zu sein. Mittlerweile ist das aus den dargelegten Gründen nur noch alle 7 Wochen der Fall. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das nicht.

Welche Kolleginnen und Kollegen können da bei allem politischen Gejammer über eine beklagenswerte demographische Entwicklung noch an Familiengründung denken. Mit diesen Arbeitsbedingungen innerhalb der Polizei ist dieses Problem politisch selbst verursacht und insofern hausgemacht. Fürsorge sieht wahrlich anders aus.

Wie Seismographen nehmen meine Kolleginnen und Kollegen gesellschaftliche Veränderungen wahr. Zunehmende Verrohung, Gewalt gegen Polizeibeamte, Entsolidarisierung, steigende Armuts kriminalität und mangelnde Ächtung höchst krimineller Energie (Finanzkrise) lassen die Gemütslage der Polizei nicht unbeeindruckt. Vor dem Hintergrund des Letztgenannten kommt einem manchmal der Gedankengang: „Nehmen wir nicht die Falschen fest?“

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

**Hören Sie nicht** auf die, die es nun mit der plötzlich verankerten Schuldenbremse begründen. Das hat man vorher gewusst.

**Hören Sie nicht** auf die, die der Öffentlichkeit weismachen wollen, wie gut es den Beschäftigten der hessischen Polizei geht.

**Hören Sie** sich mal an, was eine Kollegin oder ein Kollege zu sagen hat, aber bitte schön während eines Einsatzes nach über 14 Stunden oder in einem Nachtdienst morgens um 03:30 Uhr.

**Hören Sie** lediglich auf das, was Ihnen als Landtagsabgeordnete /r in der Verfassung verbrieft ist, nämlich eine freie Gewissensentscheidung.

**Denken Sie** bei Ihrer Entscheidung an das Betriebsklima in der Hessischen Polizei, bei der man seit einigen Monaten von einer neuen Führungskultur spricht. Richtig eingezogen ist diese Kultur noch lange nicht.

**Im Namen der Gewerkschaft der Polizei appelliere ich an Sie als Mitglied des Hessischen Landtages, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit auch für die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vollzogen wird.**

**Unsere Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsbeamten und Versorgungsempfänger dürfen nicht noch weiter von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.**

***Mit den Kürzungsorgien muss endlich Schluss sein! Es reicht!***

Verbunden mit dem Dank für Ihr Engagement, sich für unsere Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, bitte ich Sie, sich Ihrer besonderen Verantwortung bewusst zu werden und beende meinen offenen Brief mit der Frage:

***„Wer schützt die, die den Staat (auch Politikerinnen und Politiker) schützen?“***

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Bruchmüller  
Landesvorsitzender